

Beschlußempfehlung und Bericht **des Finanzausschusses (7. Ausschuß)**

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/5370 —

Entwurf eines Gesetzes zur Wiedereinführung des Weihnachts-Freibetrags

A. Problem

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zielt auf Wiedereinführung des aufgrund des Steuerreformgesetzes 1990 entfallenen Weihnachts-Freibetrags von 600 DM¹.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Mehrheit im Ausschuß bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine, da Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen wird.

¹⁾ Die Koalitionsfraktionen sind der Auffassung, daß der Weihnachts-Freibetrag nicht abgeschafft worden, sondern zusammen mit dem Werbungskosten-Pauschbetrag von 564 DM und dem Arbeitnehmer-Freibetrag von 480 DM in dem neuen Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 2 000 DM aufgegangen ist.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drucksache 11/5370 –
abzulehnen.

Bonn, den 13. Dezember 1989

Der Finanzausschuß

Gattermann
Vorsitzender

Dr. Meyer zu Bentrup
Berichterstatter

Poß

Bericht der Abgeordneten Dr. Meyer zu Bentrup und Poß

Der von der Fraktion der SPD eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Wiedereinführung des Weihnachts-Freibetrags wurde in der 171. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Oktober 1989 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuß sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und den Haushaltsausschuß, an letzteren zugleich gemäß § 96 der Geschäftsordnung überwiesen. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und der Haushaltsausschuß haben ihre Voten am 15. November bzw. am 16. November 1989 abgegeben. Der Finanzausschuß hat die Vorlage in seinen Sitzungen am 17. November, 30. November und 13. Dezember 1989 beraten.

Der Gesetzentwurf zielt auf die Wiedereinführung des Weihnachts-Freibetrags für Arbeitnehmer in Höhe von 600 DM, der mit dem Steuerreformgesetz 1990 entfallen ist²⁾. Ausgehend von ihrer Einschätzung, daß die Arbeitnehmer die Hauptlast der Finanzierung der von ihr als ungerecht und unsozial empfundenen Steuerreform 1990 zu tragen haben, will die Fraktion der SPD mit der von ihr vorgeschlagenen Maßnahme einen Ausgleich für Arbeitnehmer erreichen. Zur Untermauerung ihres Gesetzentwurfs verweist sie auf eine Aussage des früheren Bundesministers der Finanzen, Dr. Stoltenberg, vor dem Deutschen Bundestag am 9. September 1987, wonach der Weihnachts-Freibetrag durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geschützt sei. Die Gründe, die das Bundesverfassungsgericht in seinen Beschlüssen zum Arbeitnehmer- und zum Weihnachts-Freibetrag zur Rechtfertigung dieser Freibeträge genannt habe — zeitnahe Besteuerung und geringere steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer —, bestünden nach wie vor.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und der Haushaltsausschuß haben die Vorlage jeweils mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Die Fraktion der SPD verdeutlichte im Ausschuß ihre Auffassung, daß die Steuerreform 1990 sozial unausgewogen sei, da sie für Großverdiener in weit höherem Maße von Vorteil sei als für die übrigen Steuerpflichtigen, insbesondere die Arbeitnehmer. Die Wiedereinführung des Weihnachts-Freibetrags solle der „sozialen Schieflage des Steuerpakets 1990 wenigstens teilweise“ entgegenwirken. Da die Koalitionsfraktionen andere Maßnahmen mit hohen Steuerausfällen beschlossen hätten, z. B. die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer, Gesellschaftsteuer und Wechselsteuer, sei auch die Wiedereinführung des Weihnachts-Freibetrags finanzierbar.

Die Fraktion der SPD vertritt weiterhin die Ansicht, die Abschaffung des Weihnachts-Freibetrags werde

dazu führen, daß die zu Weihnachten 1990 gewährten Weihnachtsg Gratifikationen bei einer sehr großen Zahl der Arbeitnehmer steuerlich höher belastet seien als vergleichbare Zuwendungen im Jahre 1989. Zu diesem Kreis der Arbeitnehmer seien Ledige mit einem Monatsgehalt bis 3 000 DM, Verheiratete ohne Kinder mit einem Monatsgehalt bis 5 300 DM und Verheiratete mit zwei Kindern mit einem Monatsgehalt bis 5 200 DM zu rechnen. Dies ergebe sich aus den Berechnungen, die die Bundesregierung auf Bitte der Fraktion der SPD zur Verdeutlichung der unterschiedlichen Belastung der Weihnachtsg Gratifikationen in den Jahren 1989 und 1990 im Ausschuß vorgelegt hat (Anlage).

Die Koalitionsfraktionen bestreiten die Auffassung der Fraktion der SPD, daß die Steuerreform sozial unausgewogen sei. Steuerpflichtige mit niedrigem Einkommen und Familien mit Kindern seien durch die Steuerreform 1986/1988/1990 überproportional entlastet worden. Sie weisen darauf hin, daß, wie aus der Anlage ersichtlich, bei der Gesamtsteuerbelastung des Jahres 1990 für alle Arbeitnehmer eine Entlastung eintrete. Entscheidend sei die auf das Jahr bezogene Steuerbelastung und nicht die Steuerbelastung des Weihnachtsgeldes oder der gesamten Bezüge im Weihnachtsmonat. Schließlich sind sie der Ansicht, daß der Weihnachts-Freibetrag nicht abgeschafft worden, sondern zusammen mit dem früheren Arbeitnehmer-Freibetrag von 480 DM und dem Werbungskosten-Pauschbetrag von 564 DM in dem neuen Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 2 000 DM aufgegangen sei.

In Erfüllung einer Bitte der Fraktion der SPD nach Darstellung alternativer Möglichkeiten zur Milderung der Steuerbelastung des Weihnachtsgeldes ab 1990 hat die Bundesregierung auf die sog. „Ein-Dreizehntel-Regelung“ verwiesen, wonach die monatliche Lohnsteuer nicht wie z. Z. in Höhe eines Zwölftels der Jahreslohnsteuer, die sich für den 12fachen Monatslohn ergibt, angesetzt werde, sondern in Höhe eines Dreizehntels der Jahreslohnsteuer, die sich für den 13fachen Monatslohn ergibt. Die Bundesregierung hat gleichzeitig darauf hingewiesen, daß diese im Entwurf des Steuerreformgesetzes 1990 enthaltene Regelung nicht verwirklicht worden sei, weil sie bei Arbeitnehmern, die keine Weihnachtsgzuwendung in Höhe eines vollen Monatslohns erhalten, zu verstärkten Lohnsteuerüberzahlungen im Lohnsteuerverfahren geführt hätte. Nach Ansicht der Bundesregierung besteht jedoch die Möglichkeit, diesen Nachteil durch eine Modifizierung der ursprünglichen „Ein-Dreizehntel-Regelung“ auszuschließen. Danach könnte eine Regelungsmöglichkeit darin bestehen, daß in dem Lohnzahlungszeitraum, in dem die Weihnachtsgzuwendung gezahlt wird, die Lohnsteuer für die Summe von regulärem Arbeitslohn und Weihnachtsgzuwendung mit dem doppelten Betrag einbehalten

²⁾ Vgl. jedoch die Fußnote auf Seite 1.

wird, der sich für die Hälfte der Summe nach der Monatslohnsteuertabelle ergibt. Der Ausschuß hat diese von der Bundesregierung aufgezeigte Regelungsvariante nicht weiter verfolgt.

Die Fraktion der SPD hat den von ihr eingebrachten Gesetzentwurf unter Berücksichtigung von steuer-technischen Folgeänderungen in folgender Fassung zur Abstimmung gestellt:

1. Artikel 1 wird wie folgt gefaßt:

„Artikel 1

Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1987 (BGBl. I S. 657), zuletzt geändert durch . . . wird wie folgt geändert:

1. Zu § 10 c Abs. 2 Satz 4 werden die Worte „den Versorgungs-Freibetrag (§ 19 Abs. 2)“ durch die Worte „die Freibeträge nach § 19 Abs. 2 und 3“ ersetzt.

2. Dem § 19 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Vom Arbeitslohn, der dem Arbeitnehmer in der Zeit vom 8. November bis 31. Dezember aus seinem ersten Dienstverhältnis zufließt, ist ein Betrag von 600 Deutsche Mark abzuziehen (Weihnachts-Freibetrag). Bei einer Veranlagung zur Einkommensteuer und beim Lohnsteuer-Jahresausgleich ist der Weihnachts-Freibetrag auch zu berücksichtigen, wenn der Arbeitnehmer in der genannten Zeit keinen Arbeitslohn bezogen hat. Der Weihnachts-Freibetrag darf nur bis zur Höhe des um einen etwaigen Freibetrag nach Absatz 2 gekürzten Arbeitslohns abgezogen werden.“

3. § 32 b Abs. 2 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. im Fall des Absatzes 1 Nr. 1 die Summe der bezogenen Leistungen nach Abzug des Arbeitnehmer-Pauschbetrags (§ 9 a Nr. 1) und des Weihnachts-Freibetrags (§ 19 Abs. 3), soweit sie nicht bei der Ermittlung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit abziehbar sind;“

4. § 39 b wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Klammerzusatz „(§ 19 Abs. 2)“ folgende Worte eingefügt: „ , der Weihnachts-Freibetrag (§ 19 Abs. 3)“.

- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach dem Klammerzusatz „(§ 19 Abs. 2)“ folgende Worte eingefügt: „ , der Weihnachts-Freibetrag (§ 19 Abs. 3)“.

bb) In Satz 6 werden nach dem Wort „Versorgungs-Freibetrag“ folgende Worte eingefügt: „ , den Weihnachts-Freibetrag“.

5. In § 42 Abs. 4 Satz 3 werden nach dem Wort „Versorgungs-Freibetrag“ folgende Worte eingefügt: „ , der Weihnachts-Freibetrag“.

6. In § 42 a Abs. 2 Satz 3 werden nach dem Wort „Versorgungs-Freibetrag“ folgende Worte eingefügt: „ , der Weihnachts-Freibetrag“.

7. In § 42 b Abs. 2 Satz 3 werden nach dem Wort „Versorgungs-Freibetrag,“ die Worte „der Weihnachts-Freibetrag,“ eingefügt.

2. Nach Artikel 1 wird folgender Artikel 2 eingefügt:

„Artikel 2

Änderung des Gewerbesteuergesetzes

Nach § 31 Abs. 1 Satz 1 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1984 (BGBl. I S. 657), das zuletzt durch Artikel . . . des Gesetzes vom . . . (BGBl. I S. . .) geändert worden ist, wird folgender Satz eingefügt:

„Bei der Ermittlung der Arbeitslöhne ist § 19 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes nicht anzuwenden.“

3. Die bisherigen Artikel 2 und 3 werden Artikel 3 und 4.

Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Bonn, den 13. Dezember 1989

Dr. Meyer zu Bentrup

Poß

Berichterstatler

Anlage

**Vergleich Lohnsteuer auf Normalgehalt und Lohnsteuer auf das Weihnachtsgeld
nach Est-Tarif 1989 und Est-Tarif 1990**

(Weihnachtsgeld: 13. Gehalt)

Steuerklasse I

Monats- gehalt	Lohnsteuer auf Normalgehalt			Lohnsteuer auf Weihnachtsgeld (volles Gehalt)			Gesamtlohnsteuer- belastung im Weihnachtsmonat			nachr.: Entlastung durch Steuer- reform 1990 *)
	1989	1990	Diff.	1989	1990	Diff.	1989	1990	Diff.	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
2 000	268	208	– 60	293	434	+141	561	642	+ 81	589
2 200	311	251	– 60	410	497	+ 87	721	748	+ 27	639
2 400	363	297	– 66	483	630	+147	846	927	+ 81	653
2 600	417	349	– 68	575	693	+118	992	1 042	+ 50	701
2 705	447	379	– 68	625	691	+ 66	1 072	1 070	– 2	750
3 000	536	454	– 82	760	793	+ 33	1 296	1 247	– 49	957
3 200	600	507	– 93	866	859	– 7	1 466	1 366	–100	1 122
3 400	667	560	–107	979	943	– 36	1 646	1 503	–143	1 324
3 600	736	614	–122	1 094	1 031	– 63	1 830	1 645	–185	1 522
3 800	809	672	–137	1 194	1 106	– 88	2 003	1 778	–225	1 734
4 000	883	729	–154	1 314	1 199	–115	2 197	1 928	–269	1 957
4 300	999	820	–179	1 480	1 346	–134	2 479	2 166	–313	2 292
4 600	1 119	913	–206	1 672	1 483	–189	2 791	2 396	–395	2 660
4 900	1 245	1 009	–236	1 867	1 643	–224	3 112	2 652	–460	3 060
5 200	1 375	1 109	–266	2 041	1 793	–248	3 416	2 902	–514	3 441
5 500	1 507	1 212	–295	2 240	1 967	–273	3 747	3 179	–568	3 802
5 800	1 643	1 318	–325	2 413	2 150	–263	4 056	3 468	–588	4 173
6 100	1 783	1 428	–355	2 611	2 318	–293	4 394	3 746	–648	4 558
6 500	1 973	1 579	–394	2 846	2 560	–286	4 819	4 139	–680	5 010
7 000	2 214	1 776	–438	3 143	2 907	–236	5 357	4 683	–674	5 495

*) Vergleich der Jahreslohnsteuertabellen 1989 und 1990, bei Jahreslohn in Höhe von 13 Monatsgehältern.

**Vergleich Lohnsteuer auf Normalgehalt und Lohnsteuer auf das Weihnachtsgeld
nach Est-Tarif 1989 und Est-Tarif 1990
(Weihnachtsgeld: 13. Gehalt)**

Steuerklasse III/0

Monats- gehalt	Lohnsteuer auf Normalgehalt			Lohnsteuer auf Weihnachtsgeld (volles Gehalt)			Gesamtlohnsteuer- belastung im Weihnachtsmonat			nachr.: Entlastung durch Steuer- reform 1990 *)
	1989	1990	Diff.	1989	1990	Diff.	1989	1990	Diff.	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
2 050	166	106	- 60	262	334	+ 72	428	440	+ 12	650
2 060	168	107	- 61	260	314	+ 54	428	421	- 7	672
2 400	233	162	- 71	356	388	+ 32	589	550	- 39	824
2 600	273	194	- 79	404	438	+ 34	677	632	- 45	908
2 800	312	227	- 85	452	488	+ 36	764	715	- 49	988
3 000	354	260	- 94	476	518	+ 42	830	778	- 52	1 082
3 200	394	296	- 98	522	548	+ 26	916	844	- 72	1 146
3 350	423	321	-102	548	648	+100	971	969	- 2	1 132
3 600	473	367	-106	628	780	+152	1 101	1 147	+ 46	1 120
3 800	515	410	-105	676	816	+140	1 191	1 226	+ 35	1 118
4 100	578	476	-102	792	886	+ 94	1 370	1 362	- 8	1 126
4 300	621	519	-102	930	976	+ 46	1 551	1 495	- 56	1 184
4 600	696	585	-111	1 066	1 128	+ 62	1 762	1 713	- 49	1 272
5 000	803	686	-117	1 258	1 352	+ 94	2 061	2 038	- 23	1 308
5 300	889	767	-122	1 376	1 414	+ 38	2 265	2 181	- 84	1 426
5 400	918	794	-124	1 428	1 426	- 2	2 346	2 220	-126	1 490
5 800	1 037	899	-138	1 638	1 524	-114	2 675	2 423	-252	1 772
6 100	1 133	978	-155	1 804	1 616	-188	2 937	2 594	-343	2 044
6 500	1 262	1 084	-178	2 032	1 780	-252	3 294	2 864	-430	2 394
7 000	1 434	1 222	-212	2 288	1 996	-292	3 722	3 218	-504	2 842

*) Vergleich der Jahreslohnsteuertabellen 1989 und 1990, bei Jahreslohn in Höhe von 13 Monatsgehältern.

**Vergleich Lohnsteuer auf Normalgehalt und Lohnsteuer auf das Weihnachtsgeld
nach Est-Tarif 1989 und Est-Tarif 1990**
(Weihnachtsgeld: 13. Gehalt)

Steuerklasse III/2

Monats- gehalt	Lohnsteuer auf Normalgehalt			Lohnsteuer auf Weihnachtsgeld (volles Gehalt)			Gesamtlohnsteuer- belastung im Weihnachtsmonat			nachr.: Entlastung durch Steuer- reform 1990 *)
	1989	1990	Diff.	1989	1990	Diff.	1989	1990	Diff.	
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
2 050	75	10	– 65	262	328	+ 66	337	338	+ 1	714
2 200	103	32	– 71	308	350	+ 42	411	382	– 29	806
2 400	142	64	– 78	358	372	+ 14	500	436	– 64	918
2 600	182	95	– 87	404	416	+ 12	586	511	– 75	1 024
2 800	221	127	– 94	450	468	+ 18	671	595	– 76	1 120
3 000	263	158	–105	476	496	+ 20	739	654	– 85	1 234
3 200	303	192	–111	522	526	+ 4	825	718	–107	1 318
3 400	342	225	–117	570	644	+ 74	912	869	– 43	1 328
3 600	382	260	–122	618	746	+128	1 000	1 006	+ 6	1 330
3 800	423	302	–121	642	782	+140	1 065	1 084	+ 19	1 320
4 100	483	365	–118	732	850	+118	1 215	1 215	+ 0	1 296
4 300	523	406	–117	864	938	+ 74	1 387	1 344	– 43	1 330
4 600	593	470	–123	994	1 084	+ 90	1 587	1 554	– 33	1 386
5 000	692	566	–126	1 182	1 302	+120	1 874	1 868	– 6	1 384
5 200	746	617	–129	1 250	1 378	+128	1 996	1 995	– 1	1 424
5 410	803	675	–128	1 352	1 348	– 4	2 155	2 023	–132	1 536
5 800	913	772	–141	1 558	1 470	– 88	2 471	2 242	–229	1 780
6 100	1 004	848	–156	1 722	1 560	–162	2 726	2 408	–318	2 028
6 500	1 127	950	–177	1 946	1 720	–226	3 073	2 670	–403	2 350
7 000	1 292	1 084	–208	2 202	1 932	–270	3 494	3 016	–478	2 774

*) Vergleich der Jahreslohnsteuertabellen 1989 und 1990, bei Jahreslohn in Höhe von 13 Monatsgehältern.

**Vergleich Lohnsteuer auf Normalgehalt und Lohnsteuer auf das Weihnachtsgeld
nach Est-Tarif 1989 und Est-Tarif 1990**
(Weihnachtsgeld: 13. Gehalt)

Steuerklasse V

Monats- gehalt	Lohnsteuer auf Normalgehalt			Lohnsteuer auf Weihnachtsgeld (volles Gehalt)			Gesamtlohnsteuer- belastung im Weihnachtsmonat		
	1989	1990	Diff.	1989	1990	Diff.	1989	1990	Diff.
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
600	112	82	– 30	0	113	+113	112	195	+ 83
700	134	100	– 34	24	134	+110	158	234	+ 76
800	156	120	– 36	46	166	+120	202	286	+ 84
900	178	140	– 38	70	198	+128	248	338	+ 90
1 000	200	163	– 37	94	222	+128	294	385	+ 91
1 100	222	185	– 37	106	254	+148	328	439	+111
1 200	244	209	– 35	132	290	+158	376	499	+123
1 300	266	233	– 33	162	326	+164	428	559	+131
1 400	290	259	– 31	210	364	+154	500	623	+123
1 500	317	285	– 32	252	404	+152	569	689	+120
1 600	346	311	– 35	310	444	+134	656	755	+ 99
1 700	378	338	– 40	374	488	+114	752	826	+ 74
1 800	413	366	– 47	444	532	+ 88	857	898	+ 41
1 900	450	396	– 54	518	562	+ 44	968	958	– 10
2 000	491	425	– 66	598	612	+ 14	1 089	1 037	– 52
2 100	533	455	– 78	666	658	– 8	1 199	1 113	– 86
2 200	576	485	– 91	736	708	– 28	1 312	1 193	–119
2 300	621	518	–103	808	744	– 64	1 429	1 262	–167
2 400	669	550	–119	854	798	– 56	1 523	1 348	–175
2 500	717	583	–134	928	854	– 74	1 645	1 437	–208

*) Vergleich der Jahreslohnsteuertabellen 1989 und 1990, bei Jahreslohn in Höhe von 13 Monatsgehältern.